

**Protokoll
der 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 04. Dezember 2012, in der Adolf-Reichwein-Halle**

Beginn der Sitzung: 20:07 Uhr
Ende der Sitzung: 22:47 Uhr

Anwesende Stadtverordnete:	
CDU	FDP
Egerter, Jörg <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Jacobi, Hans-Otto <i>Fraktionsvorsitzender</i>
von Griesheim, Alexander	
Hafner, Annegret	
Karehnke, Regina <i>Stadtverordnetenvorsteherin</i>	PIRATEN
Müller, Jasna	Welker, Helge
Pfeiffer, Kurt	
Schnabel, Henrik	Vom Magistrat waren anwesend:
See, Marco	Bürgermeister Brechtel, Detlef
Wendt, Thomas	Erster Stadtrat Sill, Heinz
	Stadträtin Dietrich, Petra
SPD	Stadtrat Groetsch, Paul
Dachs, Karlheinz	Stadtrat Kayacik, Haci
Datz, Wolfgang	Stadtrat Schneiderbauer, Johann Baptist
Dietz, Eleonore	Stadtrat Wenzel, Klaus
Dr. Rathjens, Hans-Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
See, Herbert	Abwesende Stadtverordnete:
Stengel, Christian	Dr. Korgor, Lothar
Zeidler, Reinhard	Machalitzky, Jörg Jens
FWG	
Lamping, Christian <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
Metzger, Gerhard	
Moscherosch, Hans-Albert	
Soff, Walther	Abwesend vom Magistrat
	Stadtrat Schöniger, Arndt
GRÜNE	
Quägber-Zehe, Betina	
Roth, Beate	
Scholz, Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Schriftführerin:
Topp, Andreas	Sporck, Verena
puR	Vertreter der Presse
Launhardt, Cornelia <i>Fraktionsvorsitzende</i>	
Schön, Norbert	ca.25 Zuhörer
Wyrwoll, Herbert	

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 26. November 2012 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Das Protokoll der Sitzung vom 06. November 2012 wird mit folgender Änderung angenommen:

Top 9, 1. Satz wird wie folgt gefasst:

„Die Fraktionsvorsitzenden der SPD-, CDU-, FDP-, FWG- und puR-Fraktion sprechen sich für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für den Stadtteil Rodheim aus.“

Frau Karehnke berichtet, dass aus dem Ältestenrat vorgeschlagen werde, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

Top 4 -Wirtschaftsplan der Stadtwerke 2013 - wird Top 3

Top 5 - 2. Änderung zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate- wird Top 4

Top 6 - Neuwahl der Schiedspersonen für den Schiedsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe- wird Top 5

Über diese Tagesordnungspunkte soll ohne Aussprache abgestimmt werden.

Top 8 wird zurückgezogen.

Top 9 und 11 sollen gemeinsam behandelt werden.

Für den Top Haushaltsführung 2012/2013 wird die Redezeit aufgehoben.

Herr Zeidler merkt an, dass die Tagesordnungspunkte 10 und 11 nicht in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden sollten, da keine Beratung im Haupt- und Finanzausschuss stattgefunden habe.

Herr Scholz erwidert, dass die Punkte 10 und 11 im Haupt- und Finanzausschuss beraten und behandelt wurden und einvernehmlich von den Ausschussmitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses zurück an die Stadtverordnetenversammlung überwiesen wurde.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Änderungsantrag zur Tagesordnung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

<i>ja 19 Stimmen</i>
<i>(9 Stimmen CDU, 4 Stimmen FWG, 1 Stimme FDP</i>
<i>4 Stimmen Grüne, 1 Stimme Piraten)</i>
<i>nein 10 Stimmen</i>
<i>(7 Stimmen SPD und 3 Stimmen puR)</i>

Somit ist der Antrag zur Änderung der Tagesordnung abgelehnt.

Frau Karehnke schlägt anschließend vor, dass die Tagesordnungspunkte 3,4 und 5 vorgezogen und ohne Aussprache abgestimmt werden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Änderung der Tagesordnung abstimmen:

Abstimmungsergebnis *einstimmig angenommen*

Somit ergibt sich folgende geänderte Tagesordnung:

Tagesordnung:

1.	Mitteilungen
2.	Kleine Anfragen
3.	Wirtschaftsplan der Stadtwerke 2013 - Beratung und Beschlussfassung
4.	Beratung und Beschlussfassung einer 2. Änderung zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate
5.	Neuwahl der Schiedspersonen für den Schiedsgerichtsbezirk Rosbach v.d.Höhe
6.	Haushaltsführung 2012/2013 1. Nachtrag für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2011-2016 - Beratung und Beschlussfassung - Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2012/2016
7.	Antrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2012 Wirtschaftsförderung der Stadt
8.	Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 28.10.2012 Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein Wiedervorlage
9.	Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2012 Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein Wiedervorlage
10.	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und B90/Die Grünen vom 21.11.2012 Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein
11.	Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2012 der Fraktionen CDU und B90/Die Grünen vom 21.11.2012
12.	Anfrage der FWG-Fraktion vom 21.11.2012 Einsparmöglichkeiten beim „Nachttaxi“

Top 1 Mitteilungen

Mitteilungen aus den Ausschüssen:

Frau Quägber-Zehe berichtet, dass der Umwelt- und Planungsausschuss am 20. November 2012 getagt habe. Folgende Themen wurden behandelt:

- Befreiungsantrag von den Festsetzungen des Bebauungsplan OR/10 „Am Schlitterweg“
 - Mindestgrundstücksgröße –
- Antrag der FWG-Fraktion vom 17.6.2012
Filteranlage (Ionentauscher) beim Rodheimer Hochbehälter
- Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 28.10.2012
 - Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein
- Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2012
 - Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein

Herr Scholz berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss am 22. November 2012 getagt habe. Folgende Themen wurden behandelt:

- Nachtragshaushalt zum Haushalt 2012/2013
 - Beratung und Beschlussfassung
 - Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2012/2016
- Beratung und Beschlussfassung einer 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate (SpielAS)
- Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 28.10.2012
 - Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein
- Antrag der SPD-Fraktion vom 06.11.2012
 - Kommunale Zusammenarbeit bei der Errichtung und dem Betrieb des geplanten Windparks Winterstein

Frau Karehnke teilt mit, dass Herr Kurt Pfeiffer für Herrn Henrik Schnabel in den Umwelt- und Planungsausschuss nachrückt.

Bürgermeister Brechtel verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen. Ergänzend geht er vor allem auf den Anbau der Mensa an der Kaperburgschule ein.

Top 2 Kleine Anfragen

- Herr Jacobi fragt nach dem Sachstand der finanzieller Förderung des Landes im Bereich Kinderbetreuung. Bürgermeister Brechtel berichtet, dass mit dem neuen Kinderförderungsgesetz die finanziellen Förderungen des Landes erneuert werden. Sobald das Gesetz Rechtskraft erlangt habe, werde er die städtischen Gremien über die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt umfassend unterrichten.
- Herr Lamping fragt an, welche Möglichkeit der Magistrat habe, gegen die illegale Plakatierung im Stadtgebiet vorzugehen. Bürgermeister Brechtel teilt mit, dass im Stadtgebiet vermehrt Kontrollen stattfinden und mit Anschreiben die Personen bzw. Firmen aufgefordert werden die Plakate zu entfernen.

Top 3 Wirtschaftsplan der Stadtwerke 2013 - Beratung und Beschlussfassung

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratevorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan 2013.

Der Erfolgsplan schreibt Erträge in Höhe von 3.510.200 €, Aufwendungen in Höhe von 3.585.200 € fest und weist damit einen Verlust in Höhe von 75.000 € aus.

Der Vermögensplan ist mit einem Volumen von 4.305.000 € ausgeglichen.

Der Gesamtbetrag der Kredite, die zur Finanzierung von Ausgaben nach dem Vermögensplan erforderlich sind, wird auf 2.292.000 € festgesetzt. Dieser Kreditaufnahme stehen Tilgungen in Höhe von 1.875.000 € gegenüber. Die Nettokreditaufnahme beträgt damit 417.000 €.

Betriebsmittelkredite in Höhe von 2.000.000 € zur Zwischenfinanzierung sind zulässig.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 4 Beratung und Beschlussfassung einer 2. Änderung zur Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratevorlage:

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate (SpielAS), Entwurfsfassung Stand 15.11.2012, wird beschlossen.
(Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate (SpielAS) liegt dem Originalprotokoll bei.)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 5

Neuwahl der Schiedspersonen für den Schiedsamsbezirk Rosbach v.d.Höhe

Herr Scholz von der Grünen-Fraktion stellt den Antrag zur offenen Abstimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag über die offene Abstimmung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Anschließend fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratsvorlage:

Wahl der Schiedsperson:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Jürgen Pauly zur Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Rosbach v.d.Höhe.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Wahl der stellvertretenden Schiedsperson:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Paul Fischler zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Rosbach v.d.Höhe.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 6

Haushaltsführung 2012/2013

1. Nachtrag für die Haushaltsjahre 2012 und 2013

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2011-2016

- Beratung und Beschlussfassung

- Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2012/2016

An der folgenden kontroversen Diskussion zum 1. Nachtrag für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 sowie der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2011-2016 und des Haushaltssicherungskonzeptes beteiligten sich die Fraktionsvorsitzenden der CDU, SPD, FWG, FDP, der Grünen und der puR sowie der Stadtverordnete Helge Welker.

Ein wesentlicher Kritikpunkt von den Fraktionen der CDU, SPD, FDP und Grünen ist, die verspätete Einbringung des Nachtragshaushaltes. Nach Ansicht der Fraktionen hätte der Nachtragshaushalt bereits in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im August bzw. Oktober eingebracht werden müssen. Eine intensive Beratung im Haupt- und Finanzausschuss sei daher nicht möglich gewesen.

Herr Egerter von der CDU-Fraktion geht in seiner Ausführung auf die fehlenden Jahresabschlüsse der letzten Jahre ein. Eine grundsätzliche Beurteilung des vorliegenden Nachtragshaushaltes sei erst dann möglich, wenn dem Parlament die Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre vorgelegt werden. Auch könne die geänderte Investitionsplanung 2012-2013 erst beurteilt

werden, wenn – wie vom Kämmerer versprochen – den Fraktionen eine Übersicht des Sanierungsbedarfes der städtischen Liegenschaften vorgelegt werde.

Auch seien für die CDU-Fraktion die Maßnahmen zur 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes nicht ausgewogen. Aus Sicht der CDU solle z.B. überprüft werden, ob nicht der Jahresbeitrag der Bücherei erhöht werden kann, bevor eine der Büchereien geschlossen werde.

Auch wird aus der Reihe der CDU es als äußerst kritisch betrachtet, dass die Sportlehreung um 3.000 € gekürzt werden soll, gleichzeitig aber im Nachtragshaushalt 2012/2013 zusätzlich 5.000 € für die Verabschiedung des Bürgermeisters eingestellt werden.

Unter allen diesen Gesichtspunkten werde die CDU-Fraktion dem Nachtrag für das Haushaltsjahr 2012/2013 nicht zustimmen.

Herr Dr. Rathjens geht in der Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Nachtragshaushalt vor allem auf die Finanzlage und hierbei auf den erhöhten Schuldenstand und den anzupassenden Kassenkredit der Stadt ein.

Die SPD-Fraktion sieht trotz der Verschlechterung der Finanzlage der Stadt, dass die Probleme lösbar seien, wenn in Zukunft auf jede „Schönrechnerei“ verzichtet werde, es keine Verzögerung bei der Entwicklung von Bau- und Gewerbegebieten geben werde und ein nachhaltiges Haushaltskonsolidierungskonzept umgesetzt werde. Die SPD-Fraktion werde somit unter diesen Voraussetzungen dem Nachtragshaushalt 2012/2013 zustimmen.

Herr Lamping von der FWG-Fraktion geht vor allem auf die Baumaßnahmen der letzten Jahre ein. Trotz der vielen Investitionen sei der aufgelaufene Fehlbetrag wesentlich niedriger als die Höhe der Investitionen. Herr Lamping weist weiter auf die gute Kapitalausstattung der Stadt hin. Laut der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 liegt die Eigenkapitalquote der Stadt Rosbach bei 60%. Aus Sicht der FWG-Fraktion bestehe daher keine Notwendigkeit den Nachtragshaushalt und das Haushaltssicherungskonzept abzulehnen.

Herr Jacobi von der FDP-Fraktion geht bei seiner Ausführung hauptsächlich auf das Haushaltssicherungskonzept ein. Er merkt an, dass bereits bei der Einbringung des Haushalts 2012/2013 im Januar 2012 das bereits vorliegende Haushaltssicherungskonzept überprüft worden sei und die Umsetzung damals bei lediglich 10 % gelegen habe. Er kritisiert besonders, dass eine konsequente Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes nicht erfolgt sei.

Mit der Anhebung der Steuersätze der Grundsteuer A und B und der Gewerbesteuer sowie die Gebührenerhöhung im Bereich Kinderbetreuung seien alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft und eine zusätzliche Belastung für den Bürger nicht tragbar. Es müssten Einsparmaßnahmen im Ergebnishaushalt erfolgen.

Herr Jacobi schlägt vor, dass die Ausgaben im Bereich Sach- und Dienstleistungen um 10 % reduziert werden müssen. Außerdem stellt Herr Jacobi folgenden Änderungsantrag zu § 7 der Haushaltssatzung 2013:

„Eine gegenseitige Deckungsfähigkeit von Haushaltspositionen besteht nicht. Die dem Magistrat ansonsten bisher erteilte Ermächtigung zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird nicht geändert.“

Herr Scholz von den Grünen geht bei der Stellungnahme der Grünen-Fraktion zum Nachtragshaushalt darauf ein, dass der Nachtrag bereits im August dem Parlament vorzulegen gewesen sei, da schon im Juni der Einbruch der Gewerbesteuer zu verzeichnen war. Auch weist Herr Scholz daraufhin, dass für eine realistische Beurteilung des vorliegenden Nachtragshaushaltes die Vorlage der Jahresabschlüsse der letzten drei Jahren unumgänglich sei.

Weiter geht Herr Scholz in seinen Ausführungen darauf ein, dass im Finanzhaushalt die Einnahmeerwartungen der Stadt überzogen seien und die Ausgabenseite positiv heruntergerechnet werde. Dies habe zur Folge, dass der Schuldenstand der Stadt immer größer werde und ein Abbau der Schulden zeitnah nicht möglich sei. Auch müsse in Zeiten knapper Kassen von unnötigen Investitionen dringend abgesehen werden.

Frau Launhardt von der puR-Fraktion teilt mit, dass die puR-Fraktion dem vorliegenden Nachtragshaushalt zustimmen werde. Die zeitlichen Verzögerungen hinsichtlich der Vermarktung der Neubaugebiete müssten hingenommen und 2013 sollte die vollständige Realisierung der Vermarktungskonzepte angestrebt werden.

Herr Welker von den Piraten kritisiert, dass mit dem vorliegenden Haushaltssicherungskonzept Einsparungen im Bereich Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit, Jugendzentrum, Bücherei und Schwimmbad erfolgen sollen.

Der Bürgermeister widerspricht vehement den Ausführungen der Fraktionsvorsitzenden der CDU, der FDP, der Grünen und des Stadtverordneten Welker, der Nachtragshaushalt sei verspätet vorgelegt worden. Er verweist hierbei insbesondere auf die umfassende zeitnahe Information der Stadtverordneten in der Junisitzung, die es letztendlich ermöglichte, die Steuerhebesätze noch rückwirkend zum 1.1.2012 zu erhöhen.

Ergänzend geht der Bürgermeister auf die von allen Fraktionen mitbeschlossenen Investitionen der letzten Jahre ein.

Herr Brechtel stört sich extrem an den Ausführungen der Stadtverordneten Egerter und Scholz zur Mittelbereitstellung für seine Verabschiedung und lehnt eine solche Veranstaltung auf Stadtkosten vehement ab.

Im Laufe der kontroversen Diskussion stellt Herr Dr. Rathjens folgenden Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert vierteljährlich über den laufenden Haushalt inklusive Investition- und Finanzhaushalt sowie des Haushaltssicherungskonzeptes zu berichten.“

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten lässt Frau Karehnke zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Änderungsantrag zu § 7 der Haushaltssatzung 2013:

„Eine gegenseitige Deckungsfähigkeit von Haushaltspositionen besteht nicht. Die dem Magistrat ansonsten bisher erteilte Ermächtigung zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird nicht geändert.“

<i>Abstimmungsergebnis</i>	<i>ja 15 Stimmen</i> <i>(9 Stimmen CDU, 1 Stimme FDP, 4 Stimmen Grüne,</i> <i>1 Stimme Piraten)</i>
	<i>nein 14 Stimmen</i> <i>(7 Stimmen SPD, 3 Stimmen puR, 4 Stimmen FWG)</i>

Der Antrag ist angenommen.

Frau Karehnke lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

„Der Magistrat wird aufgefordert vierteljährlich über den laufenden Haushalt inklusive Investition- und Finanzhaushalt sowie des Haushaltssicherungskonzeptes zu berichten.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Anschließend lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die vorliegende Magistratsvorlage zum Tagesordnungspunkt Haushaltsführung 2012/2013 1. Nachtrag für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 / Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2011-2016 abstimmen:

- Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die nachstehenden 1. Nachtragsatzungen 2012 und 2013 / den 1. Nachtragshaushalt für die Jahre 2012 und 2013.

Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Rosbach v.d.Höhe für das Haushaltsjahr 2012

Aufgrund des § 114e der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (BVBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786) hat die Stadtverordnetenversammlung am folgende Nachtragssatzung beschlossen:

§1

Mit dem Nachtragsplan werden:

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge	
			gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt
a) im Ergebnishaushalt				
<u>beim ordentlichen Ergebnis</u>				
die Erträge (Pos. 10 + 21)	773.000	2.821.500	21.873.500	19.825.000
die Aufwendungen (Pos. 19 + 22)	159.100	653.100	24.264.000	23.770.000
<u>beim außerordentlichen Ergebnis</u>				
die Erträge (Pos. 25)			2.800	2.800
die Aufwendungen (Pos. 26)			0	0
mit einem Fehlbedarf / Überschuss von			-2.387.700	-3.942.200
b) im Finanzhaushalt				
<u>aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>				

der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen (Pos. 9)		1.547.000	-1.134.100	-2.681.100
<u>aus Investitionstätigkeit</u>				
die Einzahlungen (Pos. 10+11+13)	62.000	6.468.000	7.213.200	807.200
die Auszahlungen (Pos. 12+14)	111.000	5.030.000	9.122.000	4.203.000
			und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge	
	erhöht um EUR	vermindert um EUR	gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt
<u>aus Finanzierungstätigkeit</u>				
die Einzahlungen (Pos. 16)	1.487.000		1.908.800	3.395.800
die Auszahlungen (Pos. 17)	84.000	111.000	914.800	887.800
Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 9+15+18)	1.520.000		2.048.900	3.568.900

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 2.408.800 EUR (hiervon 500.000 EUR zur Umschuldung) um 1.487.000 EUR erhöht und damit auf 3.895.800 EUR (hier von 500.000 EUR zur Umschuldung) neu festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag der Kassenkredite wird nicht geändert.

§ 5

Die Gemeindesteuern wurden durch eine gesonderte Satzung zur Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer gem. §25 Abs.2 Grundsteuergesetz bzw. §16 Abs. 2 Gewerbesteuergesetz für die Jahre 2012 und 2013 festgesetzt.

Die mit der gesonderten Satzung vom 26.06.2012 festgesetzten Hebesätze werden nachrichtlich bekannt gemacht::

- | | |
|--|------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für Land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) | 300% |
| b) für Grundstücke (Grundsteuer B) | 300% |
| 2. Gewerbesteuer | 360% |

§ 6

Der bisherige Stellenplan wird nicht geändert.

§ 7

Die dem Magistrat bisher erteilte Ermächtigung zur Leistung von über- und außerplanmäßiger Ausgaben wird nicht geändert

Rosbach v.d.Höhe, den
Der Magistrat der Stadt Rosbach v.d.Höhe

Brechtel
Bürgermeister

Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Rosbach v.d.Höhe für das Haushaltsjahr 2013

Aufgrund des § 114e der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (BVBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786) hat die Stadtverordnetenversammlung am folgende Nachtragssatzung beschlossen:

§1

Mit dem Nachtragsplan werden:

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge	
			gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt
a) im Ergebnishaushalt				
<u>beim ordentlichen Ergebnis</u>				
die Erträge (Pos. 10 + 21)	3.109.600	2.514.500	22.486.300	23.081.400
die Aufwendungen (Pos. 19 + 22)	857.000	554.300	23.563.300	23.866.000
<u>beim außerordentlichen Ergebnis</u>				
die Erträge (Pos. 25)			2.800	2.800
die Aufwendungen (Pos. 26)			0	0
mit einem Fehlbedarf / Überschuss von			-1.074.200	-781.800
b) im Finanzhaushalt				
<u>aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>				
der Saldo der Einzahl-	299.900		331.900	631.800

lungen und Auszahlungen (Pos. 9)				
<u>aus Investitionstätigkeit</u>				
die Einzahlungen (Pos. 10+11+13)	6.989.000	7.300.000	10.440.200	10.129.200
die Auszahlungen (Pos. 12+14)	7.720.000	3.440.000	8.373.000	12.653.000
			und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge	
	erhöht um EUR	vermindert um EUR	gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt
<u>aus Finanzierungstätigkeit</u>				
die Einzahlungen (Pos. 16)	2.523.800		0	2.523.800
die Auszahlungen (Pos. 17)	158.700	2.067.200	2.989.300	1.080.800
Finanzmittelfehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 9+15+18)		141.200	590.200	449.000

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 1.580.200 EUR (ausschließlich zum Zweck der Umschuldung) um 2.523.800 EUR erhöht und damit auf 4.104.000 EUR (hiervon 1.580.200 EUR zur Umschuldung) neu festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag von 6.000.000 EUR um 6.000.000 EUR erhöht und damit auf 12.000.000 EUR neu festgesetzt.

§ 5

Die Gemeindesteuern wurden durch eine gesonderte Satzung zur Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer gem. §25 Abs.2 Grundsteuergesetz bzw. §16 Abs. 2 Gewerbesteuergesetz für die Jahre 2012 und 2013 festgesetzt.

Die mit der gesonderten Satzung vom 26.06.2012 festgesetzten Hebesätze werden nachrichtlich bekannt gemacht::

- | | |
|--|------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für Land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) | 300% |
| b) für Grundstücke (Grundsteuer B) | 300% |
| 2. Gewerbesteuer | 360% |

§ 6

Der bisherige Stellenplan wird nicht geändert.

Damit ist die 3. Fortschreibung des Haushalts sicherungskonzeptes 2012-2016 abgelehnt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 22:47 Uhr.



Regina Karehnke
Stadtverordnetenvorsteherin



Verena Sporck
Schriftführerin



Mitteilungen zur Stadtverordnetenversammlung am 04. Dezember 2012

- Der Magistrat hat in seiner 20. Sitzung am 11. Juli 2012 eine ganze Reihe von Beschlüssen zur Umschuldung / Festschreibung von bestehenden Krediten sowie der Neuaufnahme zur abschließenden Finanzierung investiver Maßnahmen der Stadt auf den Weg gebracht.

So wurde zur Finanzierung des Neubaus „Wasserhochbehälter Rodheim“ mit der KFW-Bankengruppe ein Kreditrahmen in Höhe von 1,2 Millionen Euro, Laufzeit 20 Jahre, Zinsbindung 10 Jahre, fixiert.

Die ersten 600.000 Euro wurden auch dann bereits Anfang August aufgenommen, die zweite Tranche Kreditvolumen wurde dann (nach Baufortschritt) am 27. November d. J. nachgeschoben. Der jeweils festgeschriebene Zinssatz liegt einheitlich bei 1,33 % bei 10jähriger Zinsbindung.

- Der Magistrat hat in seiner 25. Sitzung am 07. November 2012 umfangreiche Pflanzmaßnahmen im Rahmen von vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen für die Bebauungspläne „Gewerbegebiet West und Ost“ beauftragt.

Bekanntlich müssen solche Maßnahmen umgesetzt sein, bevor „der erste Baum“ in den neuen Gewerbegebieten gefällt wird. Da die Rodungsmaßnahmen wegen der Brutzeit nur im Winter zulässig sind, gilt es jetzt, die Ersatzpflanzungen auf den Weg zu bringen.

Angelegt werden Obstwiesen: In den Weingärten, hinterm Burggarten, in der Bergheide, in der Straßheimer Gewinn, am Brunnenweg links, auf der schwarzen Heide, auf der alten Harb, im Waldgewann und auf den Grundlosen Wiesen.

Insgesamt belasten die Pflanzmaßnahmen den kommunalen Haushalt mit rund 168.000 Euro.

- Aktuelle Informationen zum Stand den Hochbehälterbaus Rodheim:

Die Arbeiten gehen aus heutiger Sicht absolut planmäßig voran.

Im September 2012 erfolgte bereits der Aushub für die künftigen Wasserkammern, die Fun-

damente wurden dann Anfang Oktober erstellt. Zwischenzeitlich wurden die Wände verschalt und betoniert und die Mittelstützen der Decke eingebaut. Ende November konnten bereits die Teilfertigdecken auf beide Kammern gelegt werden.

Sollten die Temperaturen es in dieser Woche zulassen (nicht unter -5 Grad) werden die Decken der beiden künftigen Hochbehälter noch im Laufe dieser Woche betoniert.

Fertigteilelemente sind dann abrufbar, so dass aus heutiger Sicht davon auszugehen ist, die Rohbauarbeiten können wie geplant noch im laufenden Haushaltsjahr abgeschlossen werden.

- Verfahrensstand Bebauungsplan „Gewerbegebiet West“ (REWE)

Das formal vorgeschaltete planungsrechtliche Vorverfahren steht kurz vor dem Abschluss, die Stellungnahme der Bürgerbeteiligung sowie der Trägeranhörung liegen vor und werden jetzt von der Verwaltung ausgewertet.

Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass im Januar die Gremienbeteiligung einschließlich der angestrebten Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 29. Januar 2013 sichergestellt werden können.

Zeitlich parallel dazu wird das Verfahren „Gewerbegebiet Ost“ betrieben.

- Eine letzte Mitteilung zum Verfahrensstand Mensabau / Betreuungsschule an der Kapersburgschule Rosbach:

Der rechtskräftige Doppelhaushalt der Stadt 2012 / 2013 sieht bekanntlich insgesamt 750.000 Euro Kostenanteil der Stadt Rosbach an der vorgesehenen Baumaßnahme „Kapersburgschule“ für die Errichtung einer Mensa, eines Küchenblockes sowie drei weiteren Betreuungsräumen vor. Gemäß der angespannten Finanzlage des Wetteraukreises ist die Baumaßnahme nur mit finanzieller Unterstützung der Stadt Rosbach möglich.

Die Haushaltsmittel wurden in den Entwurf des 1. Nachtrags 2012 / 2013 bedarfsgerecht umgeschichtet, stehen jetzt in der angestrebten Bauzeit 2013 / 2014 zur Verfügung.

Die Finanzierungsverhandlungen konnten zwischenzeitlich mit dem Wetteraukreis abgeschlossen werden, der Entwurf einer Vereinbarung über die Kostenbeteiligung der Stadt liegt vor und wird im Januar 2013 den städtischen Gremien zur abschließenden Entscheidung vorgelegt werden können.

Die Stadt Rosbach wird sich voraussichtlich mit 750.000 Euro an der gemeinsamen Maßnahme mit dem Wetteraukreis beteiligen.

Im Vorgriff auf die bauliche Erweiterung der Grundschule wird an der Schule bereits seit Jahren eine Betreuungsschule mit rund 90 Plätzen betrieben.

Seit dem 15. August (Schulbeginn 2012 / 2013) steht ergänzend eine „Ganztagsschule nach Maß“ mit umfangreichen Angeboten in Form von Arbeitsgemeinschaften, Hausaufgabenhilfen und Mittagversorgung zur Verfügung.

Das schulische Angebot wird von den Familien / den Kindern umfangreich angenommen.


Zwangsläufig muss sich damit das kommunale Betreuungsschulkonzept der geänderten Situation vor Ort anpassen. Modulsysteme sollen so ab Februar 2013 das umfangreiche schulische Angebot ergänzen.

Voraussichtlich werden ein Frühmodul, ein Mittagsmodul, Nachmittagsmodule und ein Spätmodul bis 17:00 Uhr sowie ein Ferienmodul angeboten. Alle werden tageweise buchbar sein und sich in ihrer Kostensituation dem neuen Rosbacher Satzungsrecht anpassen.

Die erforderlichen Abstimmungen mit den Elternvertretungen und der Schulleitung sollen bis Mitte Januar herbeigeführt werden.

Rosbach v.d.Höhe, den 04. Dezember 2012


Brechtel
Bürgermeister


4.12.2012 A